

Klartext - Leser schreiben ihre Meinung

Eine Leserin, die sich im Verband kinderreicher Familien in Thüringen engagiert, schreibt unter anderem:

Die geplante Kürzung des Elterngeldes sendet ein fatales Signal: Ausgerechnet in der Phase, in der ein Kind seine Eltern am dringendsten braucht, soll Familien Zeit genommen werden.

Die Kürzung des Bezugszeitraums lässt junge Menschen und Familien fassungslos zurück. Gespart werden soll dort, wo die Zukunft unseres Landes heranwächst.

Dabei geht es nicht nur um finanzielle Einbußen von bis zu 2400 Euro. Die eigentliche Botschaft lautet: Eltern sollen schneller wieder arbeiten, unabhängig davon, ob dies für ihr Kind und ihre familiäre Situation der richtige Zeitpunkt ist.

Eine kluge Familienpolitik sollte Eltern jedoch nicht vorschreiben, wie sie die ersten Lebensjahre ihres Kindes organisieren. Aufgabe des Staates ist es, den Rahmen dafür zu schaffen, dass Familien selbst entscheiden können, wie sie Erwerbsarbeit und Kinderbetreuung miteinander vereinbaren können, und nicht weiter einzuschränken.

Ein Blick zurück zeigt, dass Familienpolitik bereits andere Prioritäten setzte. Mit dem Bundeserziehungsgeld, dass bis 2007 für bis zu 24 Monate gezahlt wurde und zuletzt bis zu 460 Euro betrug, unterstützte der Staat Eltern dabei, ihre Kinder in den ersten Lebensjahren selbst zu betreuen. Dahinter stand die Überzeugung, dass Erziehungsarbeit einen unverzichtbaren Beitrag für die Gesellschaft leistet und deshalb öffentliche Anerkennung und Unterstützung verdient. Heute dominiert dagegen das Ziel einer möglichst schnelle Rückkehr in den Arbeitsmarkt. Bedürfnisse und Gestaltungsfreiheit der Familien gehen gegen Null.

Auch Bedürfnisse des Kindes werden ausgeblendet.

Den Vorschlägen der Bundesregierung fehlt es an Augenmaß und an einer ausgewogenen Balance zwischen den Generationen. Während an der Unterstützung junger Familien gespart wird, sollen sie gleichzeitig die wirtschaftlichen und demografischen Herausforderungen unseres Landes schultern. Wer den Generationenvertrag ernst nimmt, sollte Familien nicht immer neue Lasten aufbürden.

Familien brauchen eine Politik, die ihnen Zeit mit ihren Kindern ermöglicht. Weniger Zeit für Kinder ist keine Familienpolitik. Sie ist ein Sparprogramm zulasten der nächsten Generation.

Katrin Konrad, Weimar

Leserbriefe sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Wir behalten uns Auswahl und Kürzungen vor.

Schreiben Sie bitte immer unter Angabe von Vor- und Zuname(n), Adresse und Telefonnummer an leserbriefe@tlz.de